STELLUNGNAHME

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung

Die WVMetalle begrüßt die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung.

Insbesondere zu den **Änderungen der Kostenverteilung** im KWKG gibt es Bedenken von Seiten der WVMetalle. Mit den Änderungen an den Entlastungsregelungen bei der KWK-Umlage für die stromintensive Industrie drohen aufgrund der Angleichung an die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) **erhebliche Mehrkosten** für die stromintensiven Unternehmen der NE-Metallindustrie.

Die Privilegierung der stromkostenintensiven Unternehmen bei den Förderkosten des KWKG soll an die europäischen Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien (EEAG) angepasst werden. Zu diesem Zweck soll die BesAR auf das KWKG übertragen werden. Nur noch Unternehmen, die einen gültigen Begrenzungsbescheid des BAFA im Rahmen der BesAR haben, erhalten eine reduzierte KWK-Umlage. Alle anderen Unternehmen müssen die volle Umlage zahlen.

Insbesondere mittelständische Unternehmen sind von der Änderung betroffen. Allein in der NE-Metallindustrie sind von der Änderung der Entlastungsregelung **mehr als 400 Unternehmen betroffen**, denn nur 15 Prozent der Unternehmen in der NE-Metallindustrie sind in der BesAR. Alle anderen Unternehmen zahlen dann künftig die volle KWKG-Umlage. D.h. dass eine zweifellos stromintensive Branche zukünftig beinahe in Gänze voll belastet wird. Stromintensive Prozesse – etwa Walz- und Ziehprozesse sowie die Herstellung von Aluminium-Oxid – erhalten künftig keine KWKG-Entlastung mehr. Dies resultiert in einer Mehrbelastung von bis zu 240.000 Euro pro Jahr, allein für die KWK-Umlage. Für einzelne stromintensive Unternehmen reduziert allein die neue Mehrbelastung durch die KWKG-Umlage den Gewinn um ca. 3,5 Prozent. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund kummulierender Kosten durch EEG, Netzentgelte, usw. äußerst kritisch. Die weitere Kummulierung der Kosten führt dazu, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus dem Ausland weiter geschwächt wird.

Aus Sicht der WVMetalle muss die **Belastung**, die aus der Neuregelung resultiert, für stromintensive Industrieunternehmen **in einem verträglichen Rahmen** bleiben. Eine denkbare Lösung könnte es aus unserer Sicht sein, dass die Entlastungsregelung nach den Europäischen Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien (EEAG) ausgestaltet wird und deren Spielräume voll ausgenutzt werden, also eine 1:1-Umsetzung. Damit könnten zusätzliche (nationale) Kriterien des EEG (z.B. die Stromkostenintensitätsschwelle) vermieden werden. Damit kämen alle Unternehmen, die auf Liste 1 im EEG stehen, in den Genuss der Entlastung und alle Unternehmen von Liste 2, die eine Stromkostenintensität von 20 Prozent erreichen. Die volle Ausschöpfung der Spielräume der EEAG würde bedeuten, dass die Unternehmen nur 15 Prozent der KWKG-Umlage zahlen müssen und es zusätzlich eine (Gesamt-)Belastungsbegrenzung – gemessen an der Bruttowertschöpfung – gibt (Randnr. 188 und 189 EEAG).

Berlin, den 04. Oktober 2016

Kontakt:

Michael Schwaiger

Energiepolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 122

E-Mail: schwaiger@wvmetalle.de